



Dringlichkeitsantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, SPD, FDP und SSW

Frauenrechte stärken - Wir stehen solidarisch an der Seite der Demonstrantinnen und Demonstranten im Iran und weltweit

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich solidarisch mit der Kundgebung vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag, welche in Gedenken an die Kurdin Jina (Mahsa) Amini ausgerichtet wurde. Jina (Mahsa) Amini wurde im Iran von der dortigen Sittenpolizei festgenommen und ist nach kurzem Polizeigewahrsam in einem Krankenhaus in Teheran verstorben. Grund für ihre Festnahme war, dass sie ihr Kopftuch nicht entsprechend der im Iran geltenden Sittenregeln getragen hat.

Der Landtag Schleswig-Holstein verurteilt die Gewalt gegen die Zivilgesellschaft und steht an der Seite der vielen Menschen, die überall im Iran und weltweit auf die Straßen gehen und gegen den Tod von Jina (Mahsa) Amini, die staatliche Unterdrückung von Frauen und legitimierte Femizide im Iran demonstrieren.

Menschen- und insbesondere Frauenrechte müssen gewahrt und geachtet werden. Wir solidarisieren uns mit all denjenigen, die weltweit für Menschen- und Frauenrechte eintreten und dafür teilweise sogar ihr eigenes Leben und ihre Freiheit riskieren.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt ausdrücklich die Initiative der Bundesregierung, bei der EU die Verantwortlichen für die Gewalt der iranischen Sicherheitskräfte in das EU-Sanktionsregimes aufzunehmen, sowie die Aktualisierung des Lageberichtes Iran des Auswärtigen Amtes, da dieser Grundlage für die Entscheidungspraxis des BAMF im Asylverfahren ist.

Angesichts der aktuellen Situation bitten wir die Landesregierung, sich beim Bund für einen bundesweiten Abschiebestopp für den Iran einzusetzen.

Seyran Papo
und Fraktion

Catharina Nies
und Fraktion

Serpil Midyatli
und Fraktion

Dr. Bernd Buchholz
und Fraktion

Lars Harms
und Fraktion